

# *Bürgerinnen- und Bürger* *information*



## **Das** | **Monitoring-Projekt** **Zivile** | **Konfliktbearbeitung ·** **Gewalt- und Kriegsprävention**

*Die Alternativen  
der Friedensbewegung zum  
militärischen Konfliktaustrag*

## **Impressum**

### **Herausgeberin:**

Kooperation für den Frieden  
c/o Netzwerk Friedenskooperative  
Römerstraße 88 · 53111 Bonn  
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06  
friekoop@bonn. comlink.org  
www.koop-frieden.de

### **Spendenkonto:** Förderverein Frieden e.V.

Kto.-Nr. 33 0 35  
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

**Projekt:** Monitoring – Zivile Konfliktbearbeitung,  
Gewalt- und Kriegsprävention

Bonn, März 2006, 1. Auflage, 10.000 Exemplare


**Titelfoto:** Joker, Bonn

1 Expl. à 1,- EUR  
ab 5 Expl. à 0,50 EUR  
ab 50 Expl. à 0,40 EUR  
jeweils zzgl. Versandkosten  
Bestellung siehe Rückseite

**Text und v.i.S.d.P.:** Andreas Buro  
c/o Kooperation für den Frieden

### **Für Vorschläge und Kritik danken wir:**

Hanne-Margret Birckenbach, Volker Böge,  
Ursula Emmerich, Martina Fischer, Ulrich Frey,  
Susanne Grabenhorst, Karl Grobe, Uli Jäger,  
Matthias Jochheim, Barbara Müller, Clemens  
Ronnefeldt, Werner Ruf, Christine Schweitzer,  
Martin Singe, Reiner Steinweg, Helga Tempel,  
Christoph Weller, Herbert Wulf

 Die »Kooperation für den Frieden«, eine Dachorganisation der Friedensbewegung, startet ein »Monitoring-Projekt« für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention. Dieses Projekt soll der Öffentlichkeit die Möglichkeiten eines zivilen Umgangs mit Konflikten nahe bringen und den BefürworterInnen der angeblich alternativen Aufrüstungs- und Interventionspolitik entgegenreten. Dieser Grundsatz-Information zu Konzept und Anliegen des Projektes folgen in Kürze Dossiers mit Analysen und Vorschlägen zum Umgang mit drängenden, gewaltträchtigen Konflikten. Zunächst zu:  
Atomkonflikt Iran – Konflikt Israel/Palästina – Konflikt Türkei/Kurden

## Editorial

### **Wir wollen eine rechtzeitige, friedliche und zivile Bearbeitung von Konflikten**

In der öffentlichen Darstellung erscheint sehr häufig das Bild einer Friedensbewegung, die nur gegen diese und jene Aufrüstungsschritte und Kriegsinterventionen protestiert. Selbstverständlich wollen wir Abrüstung. Das aber ist nur die halbe Wahrheit. Die von Parteien, Kirchen und Großorganisationen unabhängige deutsche Friedensbewegung hat sich seit den ersten Ostermärschen 1960 auch für friedliche, politische Lösungen von Konflikten eingesetzt. Hierzu hat sie Alternativen zur herrschenden militärisch gestützten Politik entwickelt. Man erinnere sich: Atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa, Defensivkonzepte mit Zielrichtung Abrüstung, Soziale Verteidigung, Abrüstungs- und Rüstungs-

kontrollpläne, Konzepte zur friedlichen Lösung des Kosovo-Konflikts und überhaupt ihr großer Einsatz für eine Kultur des Friedens, die von einer wachsenden friedensorientierten Zivilgesellschaft getragen wird.

Der Friedensbewegung geht es in einer Zeit, in der angeblich die deutschen und die EU-Interessen interventionistisch am Hindukusch militärisch verteidigt oder besser durchgesetzt werden sollen, darum, die Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung und der Gewalt- und Kriegsprävention auszuweiten und so die herrschende weitgehend militärgestützte Außen- und Sicherheitspolitik zu verändern. Das Monitoring-Projekt soll diesem Ziele dienen.

Andreas Buro

## Das Monitoring-Projekt

Gründungserklärung zum Aufbau eines Monitorings für zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention

Auf ihrer Strategiekonferenz im Januar 2005 hat die »Kooperation für den Frieden« – eine Dachorganisation von Friedensorganisationen in Deutschland – beschlossen, ein »Monitoring« für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention aufzubauen, um gewaltsamen, militärischen Konfliktaustrag überwinden zu helfen. Ein Monitor ist ein Mahner, ein Monitum eine Mahnung. In diesem Sinne soll anhand konkreter krisenhafter eskalationsträchtiger Situationen im Einflussbereich von BRD und EU gemahnt werden, rechtzeitig mit zivilen Mitteln zur Deeskalation und – wo möglich – zur Lösung von Konflikten beizutragen. Neben der Situationsanalyse sollen deshalb Vorschläge für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention unterbreitet und auf gelungene Bemühungen dieser Art hingewiesen werden.

Unser Monitoring soll auch dazu dienen, in Politik, Medien und Öffentlichkeit Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention als Leitkonzepte zu verankern. Damit wollen wir die Möglichkeiten verbessern, über Druck aus der Gesellschaft die Schaffung und Stärkung der für unsere Alternativen erforderlichen Voraussetzungen (Institutionen, Strukturen, Ausbildungen und finanziellen Mittel) in der Politik durchzusetzen.

Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention können Basisarbeit vor Ort sein, rechtzeitige Vermittlung, Schaffung von Institutionen und Kapazitäten zur zivilen Bearbeitung von Konflikten, Internationales Recht/Verträge und ihre Durchsetzung, regionale Integrationen, Bereitstellung von Mitteln zur Lösung von Konflikten sowie zum Abbau struktureller Gewalt, Ausbildung von geeignetem Personal, Ausbau von Frühwarnsystemen, Abbau von Bedrohungspotentialen, Einrichtung von Dialogforen, Förderung der Akzeptanz eines gewaltfreien Interessenausgleichs in den Bevölkerungen, Maßnahmen der Friedenserziehung, die in vielen Konflikt- und Kriegsregionen derzeit verstärkt Beachtung finden, und vieles mehr.

### Begründung

Angesichts der riesigen Zerstörungspotentiale des Militärs, der verheerenden sozialen, psychischen und materiellen Schäden, des Leidens der Menschen durch Kriege und der bereits eine Billion Dollar im Jahr überschreitenden Rüstungs- und Militärkosten in der Welt sind Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention mit zivilen Mitteln die Alternative mit Zukunftsperspektive zur Lösung von Konflikten. Dies gilt, was uns primär wichtig ist, in humanitärer, sozialer und menschenrechtlicher Hinsicht, aber eben auch in Bezug auf die Kosteneffizienz der Bewältigung von Konflikten. Was militärische Interventionen an riesigen Kosten und Folgekosten verursachen, zeigen die Afghanistan- wie auch die Irak-

Invasion. Deshalb sind zivile Lösungen zu fördern und militärischer Konfliktaustrag zurückzudrängen.

Bisher wird von staatlicher Seite in diesem Sinne viel zu wenig getan. Zwar hat die frühere rot-grüne Bundesregierung einen Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« vorgelegt, er wird jedoch kaum umgesetzt. Zudem wird versucht, zivile Potentiale den militärischen zuzuordnen (zivil-militärische Zusammenarbeit), um das Militär handlungsfähiger zu machen. Das aber führt nicht zu ziviler Konfliktbearbeitung, sondern erleichtert nur Entscheidungen für militärische Interventionen, weil man glaubt, Nachkriegssituationen wie im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak besser beherrschen zu können. Dagegen begrüßen wir die Bemühungen um die Aufnahme friedenspolitischer Gesichtspunkte in die Entwicklungspolitik. Dennoch sind im Vergleich zum Aufwand für Rüstung und Militär die Mittel für Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention nur »Peanuts«. Zwischen den vielen offiziellen Bekenntnissen zum Frieden und den tatsächlichen Bemühungen darum liegen Welten. Damit korrespondiert, dass bislang in der Öffentlichkeit kaum ein Bewusstsein für zivile Alternativen entwickelt wurde und auch die Medien sich damit schwer tun.

## Formen der Arbeit

Es gibt bereits eine Vielzahl von nationalen und internationalen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Ziviler Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention befassen, allerdings kein kontinuierliches Monitoring betreiben. Wir verstehen unser Anliegen als einen Teil gemeinsamer Bemühungen, streben deshalb eine enge Zusammenarbeit mit ihnen an und erbitten ihre Unterstützung. Wir wenden uns auch an Engagierte und Experten aus Friedensforschung, Friedensbewegung und aus einschlägigen nationalen und internationalen Institutionen mit der Bitte, uns ihre Expertise für konkrete Fälle zur Verfügung zu stellen. Wir stützen uns ferner auf die Kooperationsbereitschaft und Förderung von den Organisationen, die in der »Kooperation für den Frieden« zusammengeschlossen sind. Unsere Arbeit muss vorwiegend ehrenamtlich betrieben werden, da wir unabhängig von staatlichen Mitteln bleiben wollen und nicht über größere Finanzen verfügen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir können und werden weder Zivile Konfliktbearbeitung in eigener Regie betreiben noch eigene Beobachter in Konflikte entsenden. Vielmehr werden wir vor allem Dossiers zu einzelnen Fällen ausarbeiten und verbreiten. Auch aktuelle Stellungnahmen, Pressekonferenzen, Bürger-Informationen werden zu unseren Arbeitsformen gehören. Zur Ausarbeitung der Dossiers werden wir einen ständigen Arbeitskreis bilden, der auch die Verbindung zu unseren

Ansprechpartnern betreut. Die Arbeit ist unabhängig von allen politischen Parteien und versteht sich als eine Initiative aus der Zivilgesellschaft. Alle Tätigkeiten erfolgen offen für alle Interessierten.

### Ermutung

Unser Monitoring-Projekt ist langfristig angelegt und zweifellos anspruchsvoll. Auch haben wir mit Kritik derjenigen Kräfte zu rechnen, die sich auf den militärischen Umgang mit Konflikten und auf die gewaltsame Durchsetzung von Interessen eingestellt haben. Sie betreiben die Aufrüstung von BRD und EU mit Interventionsstreitkräften. Die Möglichkeit von ziviler Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention entzieht dieser Tendenz die Legitimation. Nicht zuletzt unter dieser Perspektive ist der große Zuspruch, den wir im Vorfeld aus Friedensforschung und -bewegung für dieses Projekt erhalten haben, sehr ermutigend.

### **Das Menschheitsbemühen, Krieg als Mittel des Konfliktaustrages zu überwinden**

Was wir wollen, ist nicht neu. In der ganzen Menschheitsgeschichte haben sich die Völker neben unzähligen blutigen Eroberungskriegen auch bemüht, Ordnungen zu schaffen und Verfahren zu entwickeln, um Konflikte zivil und friedlich zu bearbeiten. In dieser Tradition stehen wir und für dieses Ziel arbeiten wir. Im innerstaatlichen Umgang miteinander erscheint uns dies in Deutschland weitgehend selbstverständlich, obwohl es, wie der Faschismus des vorigen Jahrhunderts und zahlreiche Militärputsche in anderen Ländern lehren, keineswegs selbstverständlich ist. Auch im internationalen Feld sind die Bemühungen unübersehbar. Das oberste Ziel der Vereinten Nationen ist die Verhütung von Kriegen, auch wenn es bis heute nur selten erreicht worden ist. Auch die Integration so vieler europäischer Staaten in der EU ist ein großer Schritt zur Verhinderung von Kriegen im europäischen Raum, auch wenn die EU seit dem Ende des Ost-West-Konflikts den Aufbau militärischer Potentiale für weltweite Kriegseinsätze massiv vorantreibt.

Doch trotz vieler Anstrengungen von gesellschaftlichen Organisationen, mancher staatlicher Stelle und internationaler Diplomatie liegt das Ziel noch in weiter Ferne. Die großen und mächtigen Industriestaaten rüsten sich mit immer neuen schrecklichen Waffen, und viele kleinere Staaten versuchen, ihnen mit ihren Möglichkeiten nachzueifern. Die Menschheits-

aufgabe, Krieg als Mittel des Konfliktaustrages zu überwinden, steht noch immer auf der Tagesordnung.

### **Die physischen und psychischen Kosten von Rüstung, Kriegsdrohung und Krieg**

Die Weltausgaben für Rüstung und den Unterhalt von Militär belaufen sich 2004 auf 1.035 Mrd. \$ (SIPRI Handbuch 2005). Das UNO-Budget für 2006 ohne Sonderzahlungen der Staaten beträgt 1,9 Mrd. \$. Das sind also 143 \$ für Rüstung pro Kopf der Weltbevölkerung gegenüber nur 0,26 \$ für die Arbeit der UNO. Für entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die nur zu einem kleinen Teil der Friedenssicherung dient, werden jährlich etwa 70 Mrd. \$ ausgegeben. Für Friedensforschung, zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention werden nur lächerlich geringe Mittel ausgegeben. Für das Programm »Ziviler Friedensdienst« standen 2005 nur 14 Millionen EUR zur Verfügung, während für Auslandseinsätze der Bundeswehr 2004 1,4 Mrd. EUR, also das Hundertfache, eingeplant waren (Frey 2005).

Muss das so sein? Ist doch die Verhinderung eines Krieges unvergleichlich viel billiger, als ihn zu führen und alle Folgekosten zu tragen. Allerdings gibt es auch Kriegsgewinnler, die an hohen Ausgaben für Rüstung und Krieg sehr interessiert sind. Der US-Angriffskrieg auf Irak ist dafür geradezu ein Lehrstück. Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention wären in Auf-

wand und Folgekosten eine riesige finanzielle Erleichterung und gäben Mittel zur Lösung vieler humanitärer Probleme der Welt frei. Der Friedensnobelpreisträger Mohammed el Baradei: »Wenn nur ein Prozent der globalen Rüstungsausgaben für das UN-Ernährungsprogramm ausgegeben würde, bräuhete niemand in der Welt hungrig zu Bett zu gehen.« (FR 12. 12. 2005)

Über die fürchterlichen Folgen von Krieg für die ihn erleidenden Menschen brauchen wir hier nicht ausführlich zu sprechen. Die Bilder nicht nur aus Irak oder Tschetschenien, von Verstümmelungen, Minenopfern, Vertreibungen und Massensexekutionen sehen wir in den Medien fast täglich. Hilfsorganisationen berichten von den zerstörerischen Folgen für die Überlebenden von Kriegen: Nicht nur Not und Krankheit, auch Kriminalität und der Zusammenbruch von Rechtsordnung und Administration belasten auf Jahre und Jahrzehnte.

Die kriegerische Konfliktbearbeitung hat auch psychische Folgen. Feindbilder werden in den Völkern gefördert, wie es exemplarisch an den Balkan-Kriegen zwischen Serben, Kroaten, Bosniern und Kosovo-Albanern zu beobachten war. Irrationale Verfeinerung statt Aussöhnungs- und Kooperationsbereitschaft entsteht. Krieg trägt Feindschaft in die Völker. Demokratisierung der Gesellschaften verfällt zugunsten nationalistischer Hetze, und Menschenrechte werden massenhaft missachtet. Die Folter kehrt selbst in die Staaten wieder zurück, die sich angeblich den Menschenrechten und der Freiheit verschrieben haben.

Auch diese »immateriellen Kosten« sind zu hoch. Auch deshalb muss Krieg zugunsten Ziviler Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention überwunden werden.

## **Doch halt!**

### **Gibt es nicht gerechte und humanitäre Kriege?**

Da die tatsächlichen Ziele der Kriegspolitik in der Gesellschaft entweder nicht ausreichend mit Akzeptanz rechnen konnten oder von der Art waren, dass man sie besser nicht öffentlich machen wollte, bedurfte es zusätzlicher Legitimationsideologien, um die Hirne und Herzen der Menschen für den militärischen Kurs zu gewinnen.

Der in der europäischen Tradition theologisch begründete Begriff des »Gerechten Krieges« geht auf das 4. Jahrhundert zurück, als kirchliche und weltliche Macht sich einander zuwandten. Dabei wurde die urchristliche Verweigerung des Kriegsdienstes zum Störfaktor. Das Konstrukt des »Gerechten Krieges« sollte die Christen zur Teilnahme am Krieg veranlassen und sie dazu bringen, ihre pazifistischen christlichen Grundsätze zu verlassen. Die Kirche ermöglichte durch den Begriff des »Gerechten Krieges« den Christen, das Morden im Krieg mit ihrer Religion zu vereinbaren. Heute ist es ökumenischer Konsens, dass die Lehre vom »Gerechten Krieg« überholt ist (Frey 2005). Die Existenz von Militär wird dadurch jedoch von den Kirchen nicht in Frage gestellt. Allerdings verstärkt sich ihr Eintreten für den Vorrang ziviler Kon-

fliktbearbeitung, wie die jüngste Erklärung der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland (2006) zeigt. Sie verlangt u. a. die Einführung und Anerkennung der Zivilen Konfliktbearbeitung (prevention of violent conflicts) als ausdrückliches Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP).

### **Wer kann sich eine »humanitäre Militärintervention« in Russland, den USA oder China vorstellen?**

Heutzutage werden Militärinterventionen häufig mit humanitären Argumenten legitimiert, doch an die Ideologie der »humanitären Militärintervention« sind Fragen zu richten:

- Darf man – »Kollateralschäden« in Kauf nehmend – Menschen töten und ihre Lebensgrundlagen, also die Infrastruktur ihres Landes, zerstören, um die Rechte anderer Menschen zu retten? Nach einem Vortrag zum Kosovo-Krieg fragte eine Frau: »Bei wieviel jugoslawischen Toten hört die »humanitäre Intervention« auf, humanitär zu sein?«
- Kriegerisch intervenieren kann man nur mit überlegenen Kräften. Deshalb muss ständig qualitativ aufgerüstet werden, um diese Überlegenheit zu sichern. Selbst wenn Militäreinsatz angeblich nur das letzte Mittel sein soll, schafft man damit eine Dauerlegitimation für Aufrüstung, die andere Staaten als bedrohlich und destabilisierend empfinden.



- Verhandlungen im Zeichen der militärisch gestützten »Sicherheitspolitik« werden zur Durchsetzung von Positionen geführt, aber nicht, um Kompromisse zu finden: »Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt« ist die Devise. Die Verhandlungen der NATO in Rambouillet im Vorfeld des Krieges gegen Jugoslawien geben dafür drastisches Anschauungsmaterial.
- Die angeblich »humanitäre Intervention« kann nur gegenüber vermutlich schwächeren Staaten und nicht gegenüber starken Staaten erfolgen. Sie wird damit zum Herrschaftsinstrument der großen und militärisch besonders potenten Staaten. Wenn aber militärische Aufrüstung und gar der Besitz von Atomwaffen scheinbar Sicherheit vor Eingriffen von außen versprechen, wer will dann noch abrüsten?
- Um glaubwürdig zu sein, muss die Behauptung der »humanitären Intervention« ständig legitimiert werden. Sind keine »Beweise« vorhanden, so müssen sie erfunden werden. Es besteht somit der ständige Drang zur Verbreitung von Falschdarstellungen und Lügen. Dies war im Irak- und im Kosovo-Krieg reichlich zu beobachten. Solche irreführenden Darstellungen verhetzen die Bevölkerung und schaffen psychische Feindbilder vom »bösen Gegner«, dem alles Schlechte angelastet wird. So verstellen sie den Blick auf die wirklichen Verhältnisse und führen zu Realitätsverlust.

- Schließlich: Wo sind eigentlich die »guten« Staaten, die tatsächlich zur Sicherung der Menschenrechte und nicht aus ganz anderen Interessen militärisch intervenieren? Ein Blick auf das vergangene Jahrhundert oder selbst nur auf dessen letzte Hälfte macht ratlos.

### **Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention ist die Alternative zum militärischen Konfliktaustrag**

*»Gewaltanwendung auszuschließen, obwohl sich soziale Konflikte nicht verhindern lassen und notwendig für gesellschaftlichen Wandel sind, ist das übergeordnete Ziel ziviler Konfliktbearbeitung.«* (Weller/Kirschner 2005) Die gegenwärtige Tendenz, die Kriegsprävention zu vernachlässigen, aber dann später große Geldbeträge in bereits hoch eskalierte Konflikte und in die Nachsorge von Kriegen zu stecken, ist in jeder Hinsicht höchst kostenreich, wie aktuell der Kosovo-, der Afghanistan- und der Irak-Krieg zeigen.

Konfliktgeladenen Prozessen muss bereits entgegengewirkt werden, ehe sie in eine systematische Gewaltanwendung umschlagen (Prävention). Dies verlangt schon die Charta der UN: *»Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung,*

*Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl.*« (Kap. VI, Art. 33)

Der frühere UN-Generalsekretär Boutros-Ghali forderte in seiner »Agenda für Frieden« Konfliktprävention und institutionelle Stabilisierung in gefährdeten Bereichen. Sein Nachfolger Kofi Annan plädierte für eine »Kultur der Prävention«. Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention zu fordern und zu fördern ist also nicht ein Spleen von Außenseitern, sondern baut auf zentralen Erfahrungen der Menschheit und den dringenden Bedürfnissen der Gegenwart auf. Sind Konflikte bis zum Ausbruch von Gewalt eskaliert, geht es um Deeskalation (peace making) und Friedenssicherung (peace keeping). Darauf folgen Bemühungen um Friedenskonsolidierung (post conflict peace building).

Die Formen und Methoden Ziviler Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention sind äußerst vielfältig und müssen den konkreten Konflikten angepasst werden. Häufig liegen die Wurzeln der Konflikte viel tiefer, als ein erster Blick auf die Kontrahenten vermuten lässt. Handelt es sich auf dem Balkan wirklich um ethnische Konflikte? Geht es in Afghanistan vornehmlich um die Bekämpfung von Terrorismus, im Irak um Demokratisierung (...) und in Tschetschenien?

Der Prozesscharakter der zivilen Konfliktbearbeitung wird besonders in der Entwicklung von Gesellschaften erkennbar. Dabei spielt auch das Geschlechterverhältnis und dessen Veränderung eine große Rolle (Calließ 2004). Die Umbrüche der

Modernisierung sind oftmals so gewaltig, dass nur eine langfristige Begleitung und sensible Unterstützung von außen den Gesellschaften eine friedliche Bewältigung ermöglicht. Die Hauptverantwortung für den innerstaatlichen Frieden liegt jedoch immer bei den Gesellschaften selbst, wenngleich oftmals entscheidende Einwirkungen von politischen und wirtschaftlichen »global players«, die ihren Sitz meist in den nordwestlichen Metropolen haben, ausgehen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtigen etwa 40 Kriege ganz überwiegend innerstaatliche und nicht zwischenstaatliche Kriege sind (Human Security Report 2005).

Je nach der aktuellen Situation werden sich an Ziviler Konfliktbearbeitung nichtstaatliche, staatliche- und internationale Organisationen beteiligen. *»Es gibt nicht das eine Konzept ziviler Konfliktbearbeitung als Allheilmittel für den Umgang mit Interessensgegensätzen und unterschiedlichen Werte- und Überzeugungssystemen. Zivile Konfliktbearbeitung ist voraussetzungsreich und stellt hohe Anforderungen, auch an die Friedensforschung, deren Analysen deutlich mehr als die unmittelbaren Konfliktparteien und deren Streitgegenstand einbeziehen müssen. Ihre Umsetzung erfordert vielfältige politische Abwägungen und Entscheidungen. Aber genau in diesen Herausforderungen steckt ihr großes Potential, nicht nur zur Gewaltreduktion, sondern ebenso zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen zu können ... «* (Weller/Kirschner 2005)

## **Beispiele für »gelungenen Frieden«, Prävention und zivile Konfliktbearbeitung**

In dem von Volker Matthies herausgegebenen Buch *»Der gelungene Frieden«* werden vier Grundmuster von Situationen beschrieben.

- a. Industriegesellschaften mit stabilen Friedensstrukturen. Genannt werden die OECD-Welt und die multiethnische Schweiz;
- b. Entwicklungs- und Schwellenländer mit längeren Friedenserfahrungen u. a.: Malaysia – Friedliche Konfliktregelung in einem multiethnischen Schwellenland; Tanzania – »Friedensoase« in der subsaharischen Krisenzone;
- c. Erfolgsträchtige Konfliktregelung und Friedenskonsolidierung: Südtirol – Konfliktregelung durch Internationalisierung; Mosambik – Transformation vom Krieg zum Frieden durch »sensibles« Peace-keeping;
- d. Gelungene Beispiele der Gewaltprävention: Estland und Lettland – Gewaltprävention durch internationale Organisationen, insbesondere der OSZE im Konflikt um die Staatsbürgerschaft für russisch-stämmige Bewohner (Birckenbach 1999); Makedonien: Konfliktverhütung durch präventive Stationierung von UN-Blauhelmen.

Beispiele für Deeskalation, Friedenssicherung und -konsolidierung sind auch dort zu finden, wo diktatorische Systeme wie in

Spanien, Griechenland, Chile usw. zugunsten einer Demokratisierung der jeweiligen Gesellschaften überwunden worden sind. Exemplarisch ist geradezu die Überwindung der Apartheidsdiktatur in Südafrika und der dortige Aussöhnungsprozess. Nichtregierungsorganisationen sind in großer Zahl in Projekten ziviler Konfliktbearbeitung engagiert (Adressen z.B. Fiebig 2001; Gugel/Jäger 1999). Beispiele – auch individueller Initiativen – aus Israel/Palästina, Nordirland, Mazedonien, Kolumbien, Sri Lanka, USA, Japan, Mali, Südafrika, Philippinen und Brasilien bietet das Buch von Petra Gerster und Michael Gleich (2005). Hier können nur wenige Beispiele deutschen Engagements genannt werden, ohne auf die vielen, vielen Projekte von NGOs aus anderen Ländern einzugehen:

- Das Komitee für Grundrechte und Demokratie (2005) veranstaltet seit etwa 10 Jahren »Ferien vom Krieg« für serbische, kroatische, bosnische und kosovo-albanische Kinder, jüngst auch für palästinensische und israelische Jugendliche mit dem Ziel, Feindbilder aufzulösen.
- Das »Forum Ziviler Friedensdienst« betreibt die Ausbildung von Friedensfachkräften und setzt diese in zahlreichen Projekten zusammen mit Pax Christi, Ohne Rüstung leben, dem Bund für Soziale Verteidigung und dem Förderverein Willy-Brandt-Zentrum in Südosteuropa und Nahost ein (Forum ZFD: Jahresbericht 2004/2005, Bonn 2005).

- Auch im Bereich der deutschen Entwicklungspolitik spielt zivile Konfliktbearbeitung etwa durch GTZ, DED und andere Organisationen eine zunehmende Rolle. Günther Gugel und Uli Jäger (1999) beschreiben z. B. das erfolgreiche Langzeit-Projekt der »Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit« (GTZ) in Mali »Frieden für die Wüstenkrieger«.
- Das Berghof Zentrum Sri Lanka betreibt mit Unterstützung des BMZ/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des EDA/Schweizer Außenministerium neben vielen anderen NGOs seit 2001 ein Projekt zur Unterstützung des Friedensprozesses in Sri Lanka mit vier Hauptbestandteilen, welche die Komplexität solcher Vorhaben verdeutlichen:
  1. Das individuelle und institutionelle »Capacity Building«, d. h. die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für die Gestaltung von Friedensprozessen;
  2. die Entwicklung von Modellen und Perspektiven zur Stärkung des Friedensprozesses sowie zu Staatsreform, Machtteilung und Föderalismus;
  3. die Bildung einer »kritischen Masse« von »Akteuren des friedlichen Wandels« und
  4. die Organisation von Problemlösungsprozessen und Dialogen.
- Schließlich ist noch auf die vielen Netzwerke, Projekte der Kirchen, Institute für Friedensforschung und spezialisierten

Kampagnen, die sich für friedliche Lösungen einsetzen, hinzuweisen. Dabei sind auch die Institutionen der UN nicht zu vergessen (Gugel/Jäger 1999; Frey 2005). Ein Zusammenschluss zahlreicher deutscher Organisationen ist die »Plattform Zivile Konfliktbearbeitung«, die wiederum in Kooperation auch mit vielen internationalen Organisationen steht (Fiebich 2001). Für diese stellvertretend sei hier nur die »peace brigades international« genannt ([www.pbi-deutschland.de](http://www.pbi-deutschland.de) und [www.peacebrigades.org](http://www.peacebrigades.org)).

### **Das Dilemma: Verhinderte Kriege finden wenig öffentliche Beachtung**

Der Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, sagte nach der erfolgreichen Arbeit der Organisation in Lettland und Estland sinngemäß: Weil wir so erfolgreich waren, gab es keine gewaltsamen Konflikte. Allerdings haben uns deshalb die Medien nicht wahrgenommen, so dass die Öffentlichkeit kaum etwas von der erfolgreichen zivilen Konfliktbearbeitung erfahren hat.

Dies ist in der Tat ein ernsthaftes Problem. Deshalb gehört zur Durchsetzung von Ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention stets eine öffentliche Debatte und energische Medienarbeit. Erforderlich ist, dass JournalistInnen sich darauf einstellen, die komplizierten und oft langwierigen Wege dieser Prozesse zu verfolgen und die darin

enthaltene Dramatik in ihren Berichten ausdrücken zu können.\*

## **An den Grenzen Ziviler Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention**

Es gab und es wird Situationen geben, in denen zivile Mittel der Konfliktbearbeitung nicht schnell genug greifen, um Massenerschießungen an Bevölkerungen zu verhindern. Zum Beispiel: Beide Konfliktseiten sind nicht an einer Friedenslösung interessiert, weil sie vom Krieg profitieren. Oder ausländische Kapitalgruppen inszenieren Kriege, um dadurch ihre speziellen Interessen zu fördern. Oder Eliten betreiben Hetze und Pogrome gegen ethnische Minderheiten, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, usw. Davor darf man die Augen nicht verschließen. Für strikte Pazifisten, die Gewalteininsatz grundsätzlich ablehnen, ist dies eine brisante Problematik.

In ihrer Charta setzen sich die Vereinten Nationen das Ziel, »künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren«. Waffengewalt solle nur noch im gemeinsamen Interesse angewandt werden (Präambel). In Kapitel VI der Charta wird die friedliche Beilegung von Streitigkeiten behandelt, während im Kapitel VII die Maßnahmen einschließlich des Militäreinsatzes bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen erörtert werden. Die Forderung der

Friedensbewegung bezieht sich nun speziell auf Kapitel VI, die zivilen Mittel der präventiven, begleitenden und nachsorgenden Konfliktbearbeitung zielgerichtet so auszubauen, dass tendenziell die Maßnahmen nach Kapitel VII nicht mehr in Betracht kommen. Damit zieht sie die Konsequenz aus der Erkenntnis, dass die Mittel in hohem Maße die Ziele bestimmen, dass also Aussöhnung und Zusammenarbeit der Kontrahenten durch zivile Mittel anzustreben sind.

Unter dem strategischen Gesichtspunkt, in unserer Welt voller militärischer Gewalt Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention schrittweise vertrauter zu machen und so auch durchsetzen zu können, stellt sich nun die Grenzfrage, ob nicht im Sinne von Kapitel VI eine ständige internationale, also nationalstaatlich nicht gebundene Blauhelm- und Polizeitruppe akzeptabel ist. Sie dürfte nur über leichte Bewaffnung verfügen, die für Kriegführung grundsätzlich ungeeignet ist. Sie bedarf für die Aufgabe des Schutzes, der Bewachung, der Beobachtung und der Verständigungsarbeit einer speziellen Ausbildung. In ihrer Tätigkeit muss sie grundsätzlich an Gesetze gebunden sein und ihr Handeln gegebenenfalls vor Gerichten verantworten. Sie müsste aus Kontingenten verschiedener Völker zusammengesetzt und nicht von nationalen Interessen einzelner Staaten abhängig sein. Zu bedenken ist, dass auch zivile Konfliktbearbeitung für die Durchsetzung von Vereinbarungen auf polizeiliche Kräfte angewiesen sein wird (Zur jüngsten Diskussion: Koppe 2004 und Meyer 2005).

\* Vgl. die Arbeit von Journalisten im Netzwerk  
»Peace counts«: [www.peace-counts.org](http://www.peace-counts.org)

Der Einsatz von Blauhelmen und Polizei dieser Art darf sich nicht verselbstständigen, sondern muss stets im engen Zusammenhang mit den zivilen Maßnahmen zur Prävention oder Deeskalation stehen. Eine »Zivil-Militärische Zusammenarbeit« (ZMZ bzw. engl. CIMIC), wie sie gegenwärtig systematisch im Rahmen der NATO aber auch in den EU-Interventionsstruppen angestrebt wird, ist abzulehnen. Fraglich ist freilich, ob eine von Staaten unabhängige Polizei im Rahmen der UNO, die sich ja aus Regierungen konstituiert, überhaupt möglich ist. Bislang haben die Mitgliedsstaaten dies der UNO jedenfalls verweigert. Ist es realistisch, als Träger ein Ensemble kleiner Staaten, die sich der zivilen Konfliktbearbeitung und der Kriegsprävention verschrieben haben, ins Auge zu fassen?

Die Friedensbewegung muss die Diskussion über solche Kräfte und die Bedingungen ihres Einsatzes erneut aufnehmen. Welche Gefahren für Fehlentwicklungen treten dabei auf? Wie sollte ausgebildet werden? Wie ist eine Finanzierung zu erreichen, damit die Vereinten Nationen sie unabhängig von Länderinteressen einsetzen können? Wie muss der rechtliche Rahmen für ihren Einsatz gestaltet sein? Sicher sind viele weitere Bedingungen zu bedenken.

### **Worauf es ankommt?**

Niemand darf erwarten, dass Weltabrüstung schnell zu erreichen ist. Dazu sind die mit Rüstung und Militär verbundenen

Interessen, die sie stützenden Gruppen und das traditionelle Denken in Gewalt und Gegengewalt zu stark. Trotzdem ist sehr wohl vorstellbar, dass:

- der tatsächliche gewaltsame militärische Konfliktaustrag zurückgedrängt wird;
- ihm durch internationales Recht und Gerichtsbarkeit Handlungsfelder entzogen werden;
- die Potentiale in den Staaten und Gesellschaften, die sich um zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention bemühen, daraufhin ausgebaut werden und dadurch auch in der öffentlichen Wahrnehmung an Gewicht gewinnen;
- dass frühzeitig kritische Informationen zu drohenden Konflikten vermittelt werden, eine öffentliche Debatte entzündet wird und eine energische Lobby- und Medienarbeit verbunden mit Vorschlägen zur Prävention betrieben wird. Dabei ist es eine wesentliche Aufgabe für zivilgesellschaftliche Gruppen, als »Gänse auf dem Kapitol« zu agieren und eine kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen;
- in den Gesellschaften eine Kultur des friedlichen Konfliktaustrages entwickelt wird, die sich auf die herrschende Politik auswirkt;
- erfolgreiche Prävention und zivile Konfliktbearbeitung ihre große Überlegenheit für Menschen und Wirtschaft in konkreten Fällen allgemein sichtbar machen;

■ und nicht nur Bürger und Bürgerinnen der Zivilgesellschaft sich hierfür engagieren, sondern auch in den nationalstaatlichen, wie auch in den internationalen Organisationen MitarbeiterInnen sich zunehmend in diesem Sinne einsetzen, um ihre je spezifischen Aufgaben besser erfüllen zu können.

Kurzum, wir wollen einen Prozess fördern, der in der Praxis zu verstärkter Kriegsprävention und ziviler Konfliktbearbeitung führt, der immer mehr Mittel und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt und von daher eine Eigendynamik erhält. Mit dieser Annahme und Hoffnung beginnen wir das neue Monitoring-Projekt. ■

### Literaturangaben und Texte zum Weiterlesen

- Calließ, Jörg (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Überwindung von Gewaltkonflikten, Loccum Protokolle 27/03, Loccum 2004
- Birkenbach, Hanne-Margret: Präventive Diplomatie. Das Beispiel der OSZE-Mission in Estland unter besonderer Berücksichtigung der Beteiligung von Frauen, Schweizerische Friedensstiftung, Bern 1999
- Debiel, Tobias/Matthies, Volker: Krisenprävention: Was wurde erreicht? AFB-Texte, Nr. 2/2000
- Evangelische Kirche im Rheinland: Stellungnahme der Landessynode 2006 zu Fragen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und zur Regelung der Europäischen Sicherheitspolitik im EU-Verfassungsvertrag (Drucksache 17 – Anhang Seite 415)
- Fiebich, Carina: Konfliktbearbeitung in Deutschland. Ein Wegweiser. Hrsg. von der »Plattform Zivile Konfliktbearbeitung«, Bonn 2001
- Frey, Ulrich: Ein gerechter Friede ist möglich. Argumentationshilfe für Friedensarbeit, Hrsg. Ev. Kirche im Rheinland, Düsseldorf 2005 [www.ekir.de](http://www.ekir.de)
- Gerster, Petra mit Michael Gleich (Hg.): Die Friedensmacher. Hanser Verlag, München-Wien 2005
- Gugel, Günther/Jäger, Uli: Global handeln für Frieden und Entwicklung, Verein für Friedenspädagogik Tübingen, 1999
- Human Security Centre at the University of British Columbia: Human Security Report, Oxford University Press 2005, [www.humansecurityreport.info](http://www.humansecurityreport.info)
- Institut für Friedenspädagogik: CD-ROM Peace counts. Die Erfolge der Friedensmacher, Tübingen 2005
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Ferien vom Krieg – Warum denn Unterschiede machen?, Köln 2005
- Koppe, Karlheinz: Argumente für Aufbau und Einsatz einer internationalen Polizei, in FriedensForum 4/2005, S. 37f.
- Matthies, Volker (Hg.): Der gelungene Frieden, Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung, Bonn 1997
- Meyer, Berthold: Den Kriegstreibern das Handwerk legen, FR 28. 12. 2005, S. 1
- SIPRI: Jahrbuch 2005, Stockholm International Peace Research Institute, Stockholm 2005
- Stiftung Entwicklung und Frieden: Globale Trends. Fakten, Analysen, Prognosen 2004/2005, Fischer Verlag, Frankfurt 2003
- Weller, Christoph u.a. Hg.: Friedensgutachten 2005, Lit Verlag, Münster 2005
- Weller, Christoph/Kirschner, Andrea: Zivile Konfliktbearbeitung – Allheilmittel oder Leerformel? In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 4/2005
- Forum Ziviler Friedensdienst (Hg.): Jahresbericht 2004/2005, Bonn 2005
- Zumach, Andreas: Vereinte Nationen, rororo special, Hamburg 1995

## Kooperation für den Frieden

([www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de))

ist ein Zusammenschluss friedenspolitisch aktiver Organisationen und Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland.

### Die Kooperation für den Frieden

- organisiert Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung
- fördert den Austausch von Informationen und Einschätzungen zwischen Organisationen und Gruppen
- unterstützt oder initiiert Veranstaltungen und Kampagnen
- veröffentlicht die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Positionen
- verbreitet Aktionsvorschläge für die Friedensarbeit
- ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Aktiven, z. B. bei der Mitarbeit im Kooperationsrat oder bei den jährlichen Konferenzen.



### Spendenkonto

Förderverein Frieden e.V.  
Konto-Nr. 33 0 35  
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)  
Stichwort: *Monitoring-Projekt*

### Bestellung an

Kooperation für den Frieden  
c/o Netzwerk Friedenskooperative  
Römerstr. 88 · 53111 Bonn  
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06  
[friekoop@bonn.comlink.org](mailto:friekoop@bonn.comlink.org)

Organisation/Gruppe \_\_\_\_\_

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

eMail \_\_\_\_\_

Ich/wir bestellen ..... Expl.  
dieser BürgerInnen-Information  
zum Monitoring-Projekt gegen Rechnung.

Kosten: 1 Expl. à 1,- EUR  
ab 5 Expl. à 0,50 EUR  
ab 50 Expl. à 0,40 EUR  
zzgl. Versandkosten